

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Berlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72203

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatent die 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachlab. Reklamezeile 2 Mk. Insetate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorschr. 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Agentenschäfte und alle Verkaufsstellen entgegen

## Das Weltparlament ohne Rechte

### Konferenz der Interparlamentarischen Union

SPD Die 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union wurde am Dienstag durch den Zusammenritt verschiedener Kommissionen eingeleitet. Es versammelten sich zunächst die Mitglieder der Kommission für Wirtschafts- und Finanzfragen, an deren Beratungen als Vertreter der deutschen Gruppe der völksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Schneider, Dresden, teilnimmt. Es wurden namentlich die Auswirkungen erörtert, die die Beschlüsse der bisherigen internationalen Wirtschaftskonferenzen auf die tatsächliche Handelspolitik der in der Union vertretenen Länder gehabt haben. Anschließend gab der frühere ungarische Handelsminister Joseph Szterengy einen Bericht über das Problem der internationalen Trübs. — Damit war die Sitzung beendet. Am Nachmittag traten die Abrüstungskommission, die Kommission für koloniale Angelegenheiten und schließlich die Kinderheilkommision zusammen, die offiziell den Namen „Kommission für ethnische Fragen“ führt. Die Abrüstungskommission, die von dem früheren dänischen Wehrminister Dr. P. Munch geleitet wurde, beschloß, zur Prüfung der Sicherheitsfrage und der aus dem Kellogg-Pakt sich ergebenden Folgen eine Unterkommission einzusetzen. In der Vollversammlung wird der Leiter der Kommission den Bericht über deren Arbeiten erstatten. — Weitere Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Sitzung der Kommission für koloniale Fragen beschäftigte sich unter dem Vorsitz des schweizerischen Vertreters Dr. Studer mit dem Entwurf einer Resolution, die im vorigen Jahre von einer Unterkommission der Interparlamentarischen Konferenz in Paris beschloffen worden war. Diese Unterkommission bestand aus dem früheren holländischen Ministerpräsidenten Heemster, dem deutschen Gouverneur J. D. Dr. Schöne und dem französischen Senator Roustan. Ihren Beratungen lag eine von Dr. Schöne verfaßte Denkschrift zugrunde. In der Diensttagssitzung der Kommission wurde mit geringen Veränderungen der Entwurf der Unterkommission angenommen. Die Resolution besagt: „Die Interparlamentarische Konferenz erneuert die Wünsche, die durch die 22. Interparlamentarische Konferenz in Bern und

Genf zugunsten der Festigung und Vervollendung des Systems der Kolonialmandate ausgedrückt sind, so wie es durch Artikel 22 der Völkerbundscharta festgelegt ist. Sie hebt insbesondere hervor, daß die Kolonialmandate, welche dem Mandatar anvertraut sind, eine Treuhänderschaft (trusteeship) darstellen, welche unter der Aufsicht des Völkerbundes im Interesse der Bevölkerungen der Mandatsgebiete wie der Gemeinschaft der Nationen im allgemeinen errichtet ist. In Konsequenz davon muß jeder Versuch einer der Mandatarmächte, über eines oder das andere der fraglichen Gebiete eine rechtliche oder tatsächliche Souveränität auszuüben, mit der größten Energie jurisdiktionell werden. Die Konferenz beschloß ferner auf den folgenden bereits in Bern und Genf beschloffenen Punkten: 1. Die Versammlung des Völkerbundes muß das Recht haben, das Mandat einer Macht zu entziehen, die sich unfähig zeigen würde, die ihr anvertraute Aufgabe zu erfüllen. 2. Die permanente Mandatskommission soll Untersuchungen an Ort und Stelle anstellen können und über die Entwicklung der unter Mandatsverwaltung stehenden Völker berichten, um den Moment festzustellen, an dem diese sich selbst verwalten können. Die Eingeborenen der Mandatsgebiete sollen ihre Klagen direkt an den Völkerbund richten dürfen. 3. Zwangsarbeiten sind nicht zulässig außer zur Ableistung von noch unbezahlten Steuern und für öffentliche Arbeiten (Wege, Bewässerungsanlagen usw.). Sie können nicht angeordnet werden zum Vorteil eines Privatunternehmens, außer im Falle höherer Gewalt, und lediglich wenn sie einer strikten Reglementierung unterworfen sind. 4. Die Interparlamentarische Konferenz billigt die Haltung der permanenten Mandatskommission, welche verurteilt hat, den Mandatarmächten so vollständige Fragebogen vorzulegen, wie sie es für notwendig hielt, um eine möglichst wirksame Kontrolle auszuüben, und hält ein Fortschreiten auf diesem Wege für richtig.“ Die von der Kommission angenommene Entschließung wird die Vollversammlung der diesjährigen Interparlamentarischen Konferenz noch nicht beschäftigen. Sie wird die Beratungsgrundlage bilden, wenn die koloniale Frage auf die Tagesordnung einer Interparlamentarischen Konferenz gesetzt wird.

## Die Balkan-Diktaturen

Albanien mit seinen 800 000 Einwohnern wird sich in wenigen Tagen aus einem Fürstentum in ein Königreich verwandelt haben. An den tatsächlichen Zuständen im Lande wird das nicht viel ändern; höchstens daß sie sich durch die weiter steigende Verschwendung seines nunmehrigen Königs weiter verschlechtern. Die Schuldenlast, die auf Albanien liegt, ist durch die freundliche Unterstützung Italiens in den letzten Jahren erheblich angeschwollen. Die italienischen Machthaber sind daran interessiert, daß sie nicht kleiner wird. Je größer die Schuld, desto sicherer ist ihnen das Land. Natürlich hat es geheißten, daß das albanische Volk „seinen“ Ahmed Zogu nicht mehr als Fürst, sondern als König sehen will. Aber es ist bekannt, daß die Königsmacherei ein Wunsch dieses Fürsten und lange vorbereitet ist und daß durch Italiens Vermittlung auch bei den Mächten sondiert worden ist, ohne deren Einwilligung ein bisheriger simpler Fürst die „Königswürde“ von „Gottes“ oder „Mohammeds Gnaden“ nicht erhalten kann. Unter der Herrschaft des jetzigen Diktators, der durch einen Staatsstreich mit jugoslawischer Hilfe das Land in seine Gewalt brachte, ist es aus seiner ökonomischen Zurückgebliebenheit nicht herausgekommen. Im Gegenteil, in jenen Gegenden, die im geringen Maßstab den Anfang einer industriellen Entwicklung und etwas Handel aufweisen, besteht seit langer Zeit eine schwere Krise. Aber trotzdem kann die Herrschaft Ahmed Zogus zur Zeit als gesichert gelten. Er hat es verstanden, die einflussreiche Schicht der Feudalherren für sich zu gewinnen und sich mit einem großen Stab von Beamten zu umgeben. Er kannte das Mittel, das ihm das erlaubte, und wenn er es selber nicht besaß, warum sollte er es sich nicht von seinen Gönnern geben lassen? Mussolini pumpte ihm bereitwillig eine Anleihe, und mit diesem Gelde forrumpierte Ahmed Zogu die Feudalherren, die Beamtenkaste und Löhnte damit eine Polizei und eine verstärkte Armee, die zum Teil von ehemaligen österreichischen Generälen geführt und von italienischen Offizieren ausgebildet wird. Dieser Apparat ist jetzt eine reale Stütze seiner Macht und wer sich die Freiheit nimmt, daran zu denken, daß diese Diktatur nicht von ewiger Dauer sein kann, für den gibt es auch in Albanien Holz, aus dem man Galgen zimmert, um ihn aufzuhängen. „König Standerbeg III.“, wie sich Ahmed Zogu zur Erinnerung an Albaniens Vergangenheit nennen will, wird als politischer Herrscher natürlich weniger als ein Schattenbasein führen. Der Herr des Landes ist Mussolini. Das wird neben den bestehenden Verträgen, die Albanien Italien ohnehin schon ausliefern, erneut dadurch demonstriert, daß unmittelbar nach der Proklamierung Albaniens zum Königreich die Nationalversammlung ein Gesetz beschließen wird, durch das der albanische Grund und Boden den Italienern verkauft wird. Durch die Nationalversammlung soll übrigens Albanien den Anstrich eines parlamentarisch geführten Landes erhalten. Dieser Parlamentarismus wird wohl am besten dadurch charakterisiert, daß bei den kürzlich stattgefundenen Nationalversammlungswahlen nur Freunde Ahmed Zogus kandidieren durften, während die Namen anderer, die auf eine Kandidatur Anspruch erhoben, durch die Behörden der Öffentlichkeit vorenthalten wurden. Natürlich wird ein solches Parlament dem Diktator willig folgen und der weiteren Kolonisierung durch die Italiener keinerlei Schwierigkeiten bereiten.

## Der Wüstenwagen der Reichswehr

### Neue Verschleierungen im Wehretat?

Als durch die sozialistischen Parteiliste ein Entrüstungssturm über den Beschluß zum Bau des Panzerkreuzers ging, suchte sich die Reichsregierung auch durch den Hinweis zu entschuldigen, daß durch den beschlossenen Bau des Panzerkreuzers der Reichswehretat nicht mehr belastet werden würde. Die Reichsregierung würde an anderer Stelle soviel Abstriche vornehmen, daß eine Erhöhung des Marineetat nicht in Frage komme. Diese Mitteilung mußte selbstverständlich überraschen. Wenn beim Etat der Reichsmarine allein so viele Millionen Mark eingespart werden können, dann muß der Etat so verschwenderrisch ausgestattet sein, daß die Volkvertreter schon längst hätten einschreiten müssen. Aber nicht nur der Marineetat scheint sehr reichlich dotiert zu sein, auch der Etat der Landstreitkräfte verlangt dringend Streichungen. Wenn man die neuen Bestellungen des Reichsheeres betrachtet, dann muß man auf den Gedanken kommen, daß das deutsche Reich im Gelde schwimmt. Ein kleines Beispiel möge zeigen, wie die Reichswehr mit den Steuerergößen des deutschen Volkes umgeht. Bei der Automobilfabrik Wülfing in Braunschweig hat die Reichswehr fünfzig Wagen (10-Kab. Wagen) bestellt, die als sogenannte „Wülfingwagen“ bekannt sind. Diese Wülfingwagen kosten pro Stück 90 000 Mark. Wenn die Reichswehr nur einen Auftrag von 10 Wagen erteilt hat, so sind schon 900 000 Mark in die Wüste gejagt. Ob das Reichswehrministerium mit diesen Wülfingwagen in den kommenden deutschen Kolonien spazieren fahren will, ob es sich lediglich um eine etwas leichtfertige Anschaffung ungewähliger Automobile oder um schnelle Unterbringung überflüssiger Etatposten handelt, mag der Leser sich selbst denken. Aber das ist noch nicht alles. Die Reichswehr weiß genau, daß eine Herabsetzung des 700-Millionen-Etats gefordert werden könnte. Aus diesem Grunde hat das Reichswehrministerium jetzt bei den kleinen Ländern den Versuch gemacht, den Ersatz ungewähliger Kasernen auf Kosten der Länder zu erreichen. Auf diese Weise hofft man den Reichswehretat zu entlasten. Um diese neue Verschleierung durchzubringen, droht man eventuell die Garnisonen an andere Plätze zu verlegen. Es ist selbstverständlich, daß die Oberbürgermeister der betroffenen Städte durch die Garnisonverlegung für die gewerbetreibende Bevölkerung eine wirtschaftliche Schädigung befürchten, und darum bei den

Ministerien den Bau der Kasernen auf Kosten der Länder befürworten. Wenn der Reichswehr diese neue „Vertarnung“ gelingt, dann wäre es in Zukunft überhaupt nicht mehr möglich, festzustellen, wieviel die kleine Reichswehr dem deutschen Volke kostet.

Wir haben in den letzten Jahren soviel Betrüblisches von der Reichswehr erlebt, daß das deutsche Volk jetzt endlich vom Reichstag eine bedeutende Herabsetzung des Reichswehretats verlangen muß. Dabei muß gegen jede Verschleierung Stellung genommen werden. Der kostspielige Wülfingwagen ist sicher eben so überflüssig, wie der kommende Panzerkreuzer, es sei denn, daß man mit diesem Wülfingwagen eine Anzahl hoher Offiziere in die Wüste schicken wollte. Dann würde sich allerdings ein solcher Wagen reichlich bezahlt machen.

## Ausschluß weiterer deutschnationaler Angestelltenführer

SPD Berlin, 22. August (Radio) Der Vorstand des Landesverbandes Hannover-Süd der Deutschnationalen Volkspartei hat einstimmig den Antrag auf Ausschluß des Gauvorsitzers Jvers vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, des Herrn Teichman von der gleichen Organisation und eines Herrn Moll vom Deutschen Werkmeisterbund aus der Deutschnationalen Volkspartei angenommen.

## Thüringer Demokraten

SPD Weimar, 21. August. Die demokratische Abgeordnete Frau Dr. Schulz hat am Dienstag im Zusammenhang mit dem Beschluß der demokratischen Parteiorganisation Groß-Thüringens ihr Landtagsmandat niedergelegt. Frau Dr. Schulz gehörte zu den eifrigsten Verteidigern des reaktionären Kurzes der gegenwärtigen thüringischen Regierung. Wie WTB meldet, hat sich der zweite demokratische Abgeordnete, Prof. Krüger, noch nicht geäußert. Ebenso ist bisher trotz des Beschlusses des Landesparteitages noch keine Demission der demokratischen Regierungsmitglieder erfolgt. Am Mittwoch soll eine Kabinett Sitzung stattfinden. Aus Neunorf wird gemeldet: Der frühere Botschafter in London, Oberst George Harven, ist gestorben.

Die Wahlen in Griechenland haben mit dem erwarteten großen Sieg Venizelos' geendet. Nachdem durch einen Staatsstreich das bestehende Wahlrecht beseitigt war, konnte kein Zweifel mehr bestehen, daß der neue Diktator Griechenlands im neuen Parlament eine starke Mehrheit haben würde. 228 Sitze von den 250 der Nationalversammlung sind mit seinen Anhängern besetzt. Der Exdiktator Pangalos und auch die Monarchisten sind geschlagen, obwohl sie außerordentliche Anstrengungen gemacht haben, um wenigstens in ansehnlicher Stärke in die neue Nationalversammlung zurückzukehren. Ob die Sozialistische Partei vertreten sein wird, ist für uns nicht klar zu ersehen, da wir nicht wissen, ob sich von ihr Kandidaten auf der Venizelosliste befinden haben. Falsch sind die Mitteilungen, die auch im Berliner Tageblatt zu finden waren, daß Papastanasu der Führer der Sozialisten sei. Er ist der Führer der Republikanischen Union, die man als eine wirkliche linke bürgerliche Partei der Intellektuellen und Kleinbauern bezeichnen kann. Nach diesem Wahlergebnis könnte es scheinen, als sei die Rückkehr Griechenlands zur Monarchie ein für allemal ausgeschlossen. Aber bei den leicht zu erschütternden politischen Verhältnissen und bei der Unzuverlässigkeit dieses Wahlergebnisses als Stimmungsbarometer der Bevölkerung kann dieser Schein trügen. Solange Venizelos, der doch schon fast siebenzig Jahre alt ist, der Diktator Griechenlands ist, mag es sein, daß eine monarchistische oder eine andere Putzbewegung in der Armee nur schwer Boden gewinnen wird. Aber das heißt nicht, daß deswegen jetzt eine Periode des Aufstieges beginnt. Venizelos hat vielen etwas versprochen, auch den Arbeitern, die unter den Folgen der wirtschaftlichen Krise